"Das System des Bevölkerungsschutzes hat sich bestens bewährt"

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz**

Band (Jahr): **2 (2009)**

Heft 4

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-357873

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sicherheitspolitischer Bericht

«Das System des Bevölkerungsschutzes hat sich bestens bewährt»

Seit dem letzten Sicherheitspolitischen Bericht von 1999 hat sich die globale Lage weiterentwickelt. Aus diesem Grund lässt das VBS einen neuen Bericht verfassen und folgt damit auch verschiedenen parlamentarischen Vorstössen. Bei den Anhörungen haben sich diverse Organisationen zum Bevölkerungsschutz und zur Nationalen Sicherheitskooperation NSK geäussert.

Zwischen dem 27. Februar und dem 24. April 2009 wurden 46 Organisationen und Einzelpersonen zur sicherheitspolitischen Lage angehört. Aus dem Bereich des Bevölkerungsschutzes konnte etwa der Schweizerische Zivilschutzverband SZSV Stellung nehmen (siehe Seite 29). Andere Verbände, wie der Schweizerische Feuerwehrverband SFV oder das Schweizerische Rote Kreuz SRK, wurden nicht befragt. Ebenso wenig die Feuerwehr Koordination Schweiz FKS.

«Krisenmanagementkompetenz erhöhen»

Die Militär- und Zivilschutzdirektorenkonferenz MZDK und die Konferenz der Verantwortlichen für Militär und Bevölkerungsschutz KVMB hielten in der Anhörung fest, dass sich das System des Bevölkerungsschutzes bestens bewährt habe und dass die Nationale Sicherheitskooperation mit Leben zu füllen sei. Den Kantonen fehle eine professionelle Organisation, die in der Lage sei, interkantonale Strategien für die Kantone zu bearbeiten. Solange dies so sei, übernehme der Bund den «Lead» in der Sicherheitspolitik – mit der Folge, dass vor allem Szenarien geplant und beübt würden, in denen der Bund die Verantwortung trägt.

Für MZDK und KVMB muss die Krisenmanagementkompetenz sowohl auf Stufe Bund als auch im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen erhöht werden; die Rollen sämtlicher betroffener Stellen der Nationalen Sicherheitskooperation (Bund und Kantone) sind zu klären.

Bis anhin befasste sich der Sicherheitspolitische Bericht des Bundesrates hauptsächlich mit der ausserordentlichen Lage, in welcher der Bund in der Verantwortung steht. Diese Definition ist aus der Sicht von MZDK und KVMB zu eng und zu bundeslastig. In der Praxis seien vor allem die normale und die besondere Lage von Bedeutung, in denen die Kantone den «Lead» haben und die Armee subsidiäre Aufträge erfüllt.

«Fehlende Krisenorganisation»

Regierungsrätin Karin Keller-Sutter (SG) als Vizepräsidentin KKJPD, der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren, erklärte unter anderem: Trotz vorhandener Mechanismen (Plattform KKJPD/VBS/EJPD, GIP), die für den Regelfall eingespielt sind, fehle eine eigentliche Krisenorganisation für den Fall einer interkantonalen Zusammenarbeit oder einer Zusammenarbeit von Kantonen und Bund. Der Sicherheitspolitische Bericht soll Wege aufzeigen, wie Bund, Kantone und Private einen Sicherheitsverbund schaffen können, der sich mit Vorsorgeplanungen und strategischem Krisenmanagement befasst.

Für die KKJPD muss klar sein, wer was wann macht. Das sei wohl nur möglich, wenn man es in Szenarien andenke. Bei der Existenzsicherung geben die kantonalen zivilen Behörden ihre «Regierungskompetenz» nicht ab. Dies soll nach Meinung der KKJPD so lange wie möglich der Fall bleiben. Erst im Verteidigungsfall, bei der Abwehr eines militärischen Angriffs, stelle sich die Frage der Kompetenzabgrenzung.

Aus Sicht der Konferenz Städtischer Polizeidirektorinnen und Polizeidirektoren KSPD gibt es gar keine andere Lösung als die Ausweitung des Sicherheitsbegriffs. Nicht nur in den Städten, aber ganz besonders dort müsse Sicherheitspolitik umfassend und ganzheitlich definiert werden: von der Existenzsicherung bis zur Wahrung und zum Schutz der physischen und psychischen Integrität der Bevölkerung.

Weiterführender Link:
www.sipol09.ethz.ch